

Bodo Zeuner  
Burgherrenstr. 3  
12101 Berlin

Kirsten Huckenbeck  
Niddastr. 64  
60329 Frankfurt a.M.

An

*den 1. Vorsitzenden der IG Metall, Berthold Huber,  
den 2. Vorsitzenden der IG Metall, Detlef Wetzels  
Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt am Main  
den Bezirksleiter Berlin-Brandenburg-Sachsen der IG Metall, Olivier Höbel;  
den 1. Bevollmächtigten der IG Metall Berlin, Arno Hager  
Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin  
den Bezirksleiter Baden-Württemberg der IG Metall, Jörg Hofmann  
Stuttgarter Str. 23, 70469 Stuttgart  
den 1. Bevollmächtigten der IG Metall Stuttgart, Hans Baur,  
Theodor-Heuß-Str. 2, 70174 Stuttgart*

## **Offener Brief**

Liebe Kollegen,

die meisten von uns sind nicht Mitglieder der IG Metall, und wir wollen uns auch nicht unbefugt in die internen Angelegenheiten der IG Metall einmischen. Wir verstehen uns nicht erst seit heute als gewerkschaftsnahe Menschen aus Wissenschaft, Bildung, Medien, Rechtswesen und anderen Bereichen der Kulturproduktion, und deshalb kann es uns angesichts sich weltweit und national verschärfender Verteilungs- und Ordnungskämpfe nicht egal sein, was die IG Metall als größte und kampfstärkste Gewerkschaft im wirtschaftlich stärksten Land der EU für einen Kurs einschlägt und was sie dabei mit sich selber und aus sich selber macht.

Konkret: Wir sind besorgt wegen der bei Daimler-Benz in Berlin, Kassel und Stuttgart-Sindelfingen, möglicherweise auch noch anderswo, nach den Betriebsratswahlen 2010 eröffneten Ausschlussverfahren gegen Mitglieder der IG Metall, die als GewerkschafterInnen auf Listen kandidiert haben, die mit der von der Organisation unterstützten Liste konkurrierten. Diese konkurrierenden Listen haben z.T. beachtliche Stimmenanteile gewonnen und damit gezeigt, dass sich bestimmte Belegschaftsgruppen mit ihren Meinungen und Interessen durch sie besser vertreten fühlen als durch die offizielle IG-Metall-Liste. Soweit wir sehen können, waren Aufstellung und Erfolg der konkurrierenden Listen motiviert durch Unzufriedenheit mit einem als zu kooperativ angesehenen Kurs der Betriebsratsspitze und teilweise auch durch besondere Unzufriedenheit von Beschäftigten mit Migrationshintergrund. Die Kandidaten der konkurrierenden Listen befürchteten auch, dass sie bei einer Personenwahl im Großbetrieb den Kürzeren ziehen würden, weil sie, anders als die langjährigen Amtsinhaber, nicht im gesamten Betrieb bekannt sein konnten, oder dass es zur Personenwahl wegen konkurrierender Listen (CMV u.a.) gar nicht kommen konnte und sie auf der offiziellen Gewerkschaftsliste zu weit unten platziert waren, um faire Wahlchancen zu haben.

Diese Sachverhalte erinnern uns in beklemmender Weise an Ausschlüsse aus der IG Metall und anderen Gewerkschaften in den 70er- und frühen 80er-Jahren. Damals wurden zum

Beispiel die Mitglieder der „plakat“-Gruppe bei Daimler in Stuttgart um Willi Hoss und Hermann Mühleisen wegen oppositioneller Listen aus der IG Metall ausgeschlossen; ähnliches geschah Kandidatinnen und Kandidaten bei Daimler in Hamburg-Harburg und an anderen Orten.

In allen Fällen erwiesen sich die Ausschlüsse wegen Kandidatur auf konkurrierenden Listen als Fehler, und diese Fehler wurden auch oft durch die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen in die IG Metall revidiert. Durch die damaligen Ausschlüsse

- beraubte sich die Gewerkschaft selber eines Teils ihrer aktivsten Mitglieder in den Betrieben,
- band sie ihre eigenen Kräfte in mühsamen intern-juristischen und politischen Auseinandersetzungen – Kräfte, die dann für die wichtigen Auseinandersetzungen etwa in Tarifrunden fehlten,
- gefährdete sie teilweise auch ihre eigene Legitimation als rechtsstaatlichen und demokratischen Prinzipien verpflichtete Organisation.

Der Erfolg der Gewerkschaften, allen voran der IG Metall, in den Kämpfen gegen Arbeitgeber und Bundesregierung um die 35-Stunden-Wochen in den 80er Jahren war nur möglich, weil zu diesem Zeitpunkt die meisten zuvor ausgeschlossenen Metaller wieder aufgenommen waren, womit kämpferische Aktive zurück gewonnen wurden und auch kritische Intellektuelle besser für die Unterstützung des Streiks und seiner Ziele zu motivieren waren.

Uns scheint heute ein Rückfall in die 70er-Jahre zu drohen, wenn den Anträgen zum Ausschluss der Minderheitsbetriebsräte bei Daimler stattgegeben wird. Die Minderheitsbetriebsräte wollen eine bessere Interessenvertretung für die Beschäftigten. Und dafür wollen sie Mitglieder und Funktionäre der IG Metall bleiben können. Was hindert die IG Metall, dies zuzulassen? – Gewiss: Es ist prinzipiell richtig, auf eine einheitliche Gewerkschaftsliste bei Betriebsratswahlen zu dringen, damit dem Arbeitgeber einheitlich-solidarisch entgegengetreten werden kann. Aber dort, wo es, vor allem in großen Betrieben, mit dieser Einheitlichkeit innerhalb eines Betriebsrats und einer Belegschaft ohnehin nicht gut bestellt ist, wo unterschiedliche Interessen und Deutungen auch zwischen IG-Metall-Funktionären im Betrieb sich zu Positionen und Gruppen verfestigen, ist die Zulassung mehrerer IG-Metall-Listen im Betrieb ein vernünftiger und demokratischer Weg.

Und dieser Weg ist auch keinesfalls utopisch: Im BMW-Motorradwerk in Berlin-Spandau wird er seit den 80er-Jahren beschritten. Regelmäßig treten dort zwei IG-Metall-Listen, eine eher sozialpartnerschaftliche und eine eher konfliktbereite Liste, gegeneinander an. Seither gab es zweimal Mehrheitswechsel. Die Mitglieder beider Gruppen verstehen sich als gute IG-Metaller und sind von der Organisation anerkannt. Die Organisation ist dabei Orientierungspunkt und auch Mediator.

Dieses Modell BMW Berlin könnte durchaus auch als Modell und Anregung für die Lösung der Konflikte der Metall-Betriebsräte im Daimler-Konzern gelten: Auch Gewerkschaften sind demokratische und pluralistische Organisationen, die in ihrem Inneren unterschiedliche Positionen anerkennen müssen und denen die offene Austragung von Kontroversen nur gut tun kann. Innergewerkschaftliche Demokratie heißt auch, dass die Gewerkschaft als Organisation verschiedenen Meinungen ein Diskursfeld eröffnet.

Die Tolerierung unterschiedlicher Interessen, Deutungen und Ansichten durch die Organisation hat ihre Grenze, wenn die Partei des Arbeitgebers eingenommen wird. „Gelbe“, von der Gegenseite Gekaufte, haben in der Gewerkschaft keinen Platz. Rechtsextremisten, die die Universalität der Menschenrechte leugnen, ebenso wenig. Streikbruch muss mit Sanktionen belegt werden.

Aber: Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die für eine entschiedenere Interessenvertretung in ihrem Betrieb eintreten, sollten, wenn sie dafür keinen anderen Weg als die Kandidatur auf einer eigenen Liste sehen, nicht aus der IG Metall ausgeschlossen oder auch nur mit Funktionsverbot bestraft werden können.

Mit solidarischen Grüßen

UnterzeichnerInnen:

Ingrid Artus, IGM-Mitglied, Institut für Soziologie, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg  
Helmut Born, Betriebsratvorsitzender, ver.di Düsseldorf, Mitglied im Landesbezirksvorstand ver.di NRW  
Dr. Peter Birke, Universität Hamburg  
Dieter Braeg, ehem. BR-Vorsitzender der Fa. Pierburg Neuss  
Prof. Dr. Frank Deppe  
Klaus Dörre, Hochschullehrer  
Dr. Klaus Engert, ver.di-Vertrauensmann  
Dr. Michael Fichter  
Dr. Hinrich Garms, Politikwissenschaftler, erwerbslos  
Bernd Gehrke, ver.di, Teamer  
Jochen Gester, Politikwissenschaftler, Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall Berlin  
Wolfgang Günther, Gewerkschaftssekretär ver.di Südhessen  
Jürgen Holz  
Kirsten Huckenbeck, Dozentin, Redaktion express  
Dr. Otto Jacobi  
Ulf Kadritzke, Hochschullehrer  
Dr. Richard Kelber  
Anton Kobel, ver.di, Redaktion express  
Hans-Werner Krauss  
Thomas Kuchinke, ver.di  
Prof. Dr. Timm Kunstreich, Redaktion Widersprüche  
Heinz-Günter Lang  
Prof. Dr. Mohssen Massarrat  
Harald C. Neuber, Auslandskorrespondent, ver.di  
Günter Pabst, Stadtverordneter, ver.di-Mitglied  
Dr. Nadja Rakowitz, ver.di, Redaktion express  
Wolfgang Repenthin  
Dr. Thomas Sablowski, ver.di, Politikwissenschaftler  
Werner Sauerborn, ver.di  
Rudi Schmidt, Hochschullehrer  
Sonja Tesch, ver.di, Rentnerin  
Richard Ullmer  
Wolfgang Völker, ver.di, Redaktion Widersprüche  
Peter-Christian Walther  
Edgar Weick  
Klaus Winger, Geschäftsführer Berufsbildungswerk  
Prof. Dr. Carsten Wirth  
Martin van de Rakt, ver.di  
Angelika Wernick, ver.di  
Gerald Wolf, ver.di, Kabarettist

Mag WompeI, Redaktion Labournet Germany  
Raul Zelik, Autor  
Prof. Dr. Bodo Zeuner, Politikwissenschaftler

*Nach dem 07. Juni eingegangene Unterschriften:*

Andreas Gatowsky, Landvermesser  
Birgit Krämer, Historikerin  
Jürgen Leber, IGM  
Constanze Lindemann, ver.di  
Frank Steger, ver.di, Mitglied Tarifkommission Bereich Kirchen  
Fritz Pätzold, Eisenbahner  
Barbara Probst, Apothekerin  
Herbert Probst, Ingenieur  
Wolfgang Ratzel, Versicherungskaufmann  
Frank Steger, ver.di, Mitglied Tarifkommission Bereich Kirchen